

Bis jetzt haben die französischen Behörden nicht eingegriffen, um irgendeine der Blockaden der Lastwagenfahrer in diesem Lande zu beseitigen, die gewöhnlich von gewaltsamen Aktionen gegen die Lastwagen begleitet werden, die Obst und Gemüse aus Spanien befördern. Doch auf jeden Fall haben sie versprochen, daß sie die Betroffenen entschädigen würden.

Trotz dieser Zusage wurden von den 2.749 bis September von Briten, Spaniern, Deutschen, Portugiesen und Belgiern eingereichten Anträgen nur 737 (26,8%) bearbeitet, davon wurden nur 124 positiv beschieden (4,51% der Gesamtzahl). Von den 500 Anträgen von spanischen Staatsangehörigen bei den französischen Gerichten wurde nur einer positiv beschieden.

Gedenkt die Kommission irgendeine Maßnahme zu treffen, um zu gewährleisten, daß die französischen Behörden den Geschädigten effektiv und rasch Schadensersatz leisten?

(98/C 187/90)

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-3796/97

von José García-Margallo y Marfil (PPE) an die Kommission

(26. November 1997)

Betrifft: Blockade der französischen Straßen: derzeitige Initiativen für eine Sozialgesetzgebung

Straßenblockaden von französischen Lastwagenfahrern kommen immer wieder vor. Dies verstößt gegen die Gemeinschaftsnormen für Wettbewerb, da es den freien Warenverkehr in der Europäischen Union behindert. Die dem innereuropäischen Handel entstehenden Schäden sind sehr hoch, und dies hat Länder wie Spanien, das Vereinigte Königreich, Deutschland und die Niederlande zu Protesten veranlaßt. Konkret rechnen die spanischen Organisationen der Transportunternehmer damit, daß jeder Blockadetag ihre Unternehmen über 2.500 Millionen Pesetas kostet.

Während des von den französischen Lastwagenfahrern am 3. November 1997 begonnenen Streiks haben verschiedene Länder die französische Regierung ersucht, effektiv einzugreifen, um den freien Markt zu gewährleisten und Korridore einzurichten, damit die Lastwagen das Land durchqueren können. Die französische Regierung hat dies unter Hinweis auf das Fehlen einer europäischen Harmonisierung der Sozialgesetzgebung abgelehnt.

Auf welchem Stand befinden sich die Gesetzesinitiativen im sozialen Bereich, die Behinderungen des freien Personen- oder Warenverkehrs vermeiden sollen?

(98/C 187/91)

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-3797/97

von José García-Margallo y Marfil (PPE) an die Kommission

(26. November 1997)

Betrifft: Blockade der französischen Straßen: Gesetzeslücke in der Sozialgesetzgebung

Straßenblockaden von französischen Lastwagenfahrern kommen immer wieder vor. Dies verstößt gegen die Gemeinschaftsnormen für Wettbewerb, da es den freien Warenverkehr in der Europäischen Union behindert. Die dem innereuropäischen Handel entstehenden Schäden sind sehr hoch, und dies hat Länder wie Spanien, das Vereinigte Königreich, Deutschland und die Niederlande zu Protesten veranlaßt. Konkret rechnen die spanischen Organisationen der Transportunternehmer damit, daß jeder Blockadetag ihre Unternehmen über 2.500 Millionen Pesetas kostet.

Während des von den französischen Lastwagenfahrern am 3. November 1997 begonnenen Streiks haben verschiedene Länder die französische Regierung ersucht, effektiv einzugreifen, um den freien Markt zu gewährleisten und Korridore einzurichten, damit die Lastwagen das Land durchqueren können. Die französische Regierung hat dies unter Hinweis auf das Fehlen einer europäischen Harmonisierung der Sozialgesetzgebung abgelehnt.

Besteht tatsächlich eine Gesetzeslücke im sozialen Bereich, die eine Behinderung der Ziele der Europäischen Union darstellen kann?

(98/C 187/92)

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-3798/97

von José García-Margallo y Marfil (PPE) an die Kommission

(26. November 1997)

Betrifft: Blockade der französischen Straßen: Maßnahmen gegen die französische Regierung

Straßenblockaden von französischen Lastwagenfahrern kommen immer wieder vor. Dies verstößt gegen die Gemeinschaftsnormen für Wettbewerb, da es den freien Warenverkehr in der Europäischen Union behindert. Die